

Die Stadtbürgerschaft hat in ihrer 25. Sitzung am 14. Mai 2013 folgende Beschlüsse gefasst:

1. Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:
 1. Urban Gardening in Bremen fördern
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 17. April 2013
(Drucksache 18/322 S)
 2. Abfuhr und Entsorgung von Sperrmüll in der Stadtgemeinde Bremen
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 19. April 2013
(Drucksache 18/323 S)

2. Fragestunde
 1. Spielplatz Schenkendorfstraße
Anfrage der Abgeordneten Rainer Hamann, Björn Tschöpe
und Fraktion der SPD vom 16. April 2013
 2. Fachliche und organisatorische Unterstützung der Jugendbeiräte durch
die Senatskanzlei
Anfrage der Abgeordneten Linda Neddermann, Dr. Matthias Güldner und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16. April 2013
 3. Überlastungs- und Gefährdungsanzeigen bei der Feuerwehr Bremen
Anfrage der Abgeordneten Cindi Tuncel, Kristina Vogt und Fraktion
DIE LINKE vom 16. April 2013
 4. Hundenausläufflächen
Anfrage der Abgeordneten Frank Imhoff, Silvia Neumeyer,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 30. April 2013
 5. Pflegekonzept Hohehorst
Anfrage der Abgeordneten Silvia Neumeyer, Rainer Bensch,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 2. Mai 2013
 6. Zulassung von geduldeten Ausländern zu einer Beschäftigung
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Dr. Thomas vom Bruch,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 3. Mai 2013
 7. Schulung von Flüchtlingskindern in der Thomas-Mann-Straße
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Dr. Thomas vom Bruch,
Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU
vom 3. Mai 2013
 8. Schimmelmais im Hafen
Anfrage der Abgeordneten Dr. Maike Schaefer, Björn Fecker,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 6. Mai 2013

Die Stadtbürgerschaft nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

3. Aktuelle Stunde

Die Stadtbürgerschaft führt auf Antrag der Abgeordneten Jörg Kastendiek, Rainer Bensch, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

"Stein auf Stein, statt Steine im Weg – Bau des Lesum-Parks zügig ermöglichen".

4. Unterrichtsausfall an Bremer Schulen
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 4. Februar 2013
(Drucksache 18/284 S)
Dazu
Mitteilung des Senats vom 12. März 2013
(Drucksache 18/307 S)

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

5. Stadtteile am Fluss über den Fluss verbinden
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 11. April 2013
(Drucksache 18/317 S)

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. im Rahmen der Untersuchungen zum Verkehrsentwicklungsplan konkret zu prüfen, inwieweit für ein öffentliches regelmäßiges Fährverbindungssystem auf der Weser eine entsprechende Nachfrage besteht,
2. darüber hinaus vertiefend zu prüfen, inwieweit sich ein öffentliches regelmäßiges Fährverbindungssystem auf der Weser einrichten ließe und die bereits bestehenden Schiffsanleger und möglichen Anlegepunkte in Gröpelingen (Waterfront), Woltmershausen (Lankenauer Höft und Westerdeich), Walle (Holzhafen, Schuppen 2 und Landmark Tower), Mittelsbüren (Moorlose Kirche), Mitte (Martinianleger/Schlachte), Neustadt (Stadtwerder) und Östliche Vorstadt (Sielwall und Weserstadion) einbezogen werden können, und diese in modellhaften temporären Angeboten erproben zu lassen,
3. zu prüfen, wie und welche Fährverkehre über das Tarifsystem der BSAG beziehungsweise des Verkehrsverbundes Bremen/Niedersachsen (VBN) in ein kundenfreundliches Gesamtnetz des ÖPNV integriert werden,
4. zu prüfen, inwieweit eine Erweiterung des Fährsystems auch in und nach Bremen-Nord sowie nach Hemelingen umsetzbar ist, und ob eine Einbeziehung der von der Fähren Bremen Stedingen GmbH betriebenen Fähren zwischen Vegesack und Lemwerder, Blumenthal und Motzen sowie zwischen Farge und Berne in das Tarifsystem des VBN möglich ist,

5. der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der städtischen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bis Ende 2013 zu berichten.

6. Parkplatzsituation für Menschen mit Behinderungen verbessern
Antrag der Fraktion der CDU
vom 16. April 2013
(Drucksache 18/319 S)

Die Stadtbürgerschaft überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie.

7. Zukunftsweisendes Konzept für Bremens Grünflächen vorlegen - Kein Personalabbau, keine Reduzierung der Grünanlagen und keine Absenkung der Pflegestandards
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 17. April 2013
(Drucksache 18/321 S)

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

8. Attraktive Grünflächen erhalten - Umweltbetrieb Bremen neu aufstellen
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 13. Mai 2013
(Drucksache 18/330 S)

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, im Zuge der Reorganisation des Umweltbetriebs folgende Aspekte zu berücksichtigen:

1. Die Neubesetzung der Leitungsfunktionen des UBB muss zeitnah erfolgen. Flankierend sind dabei die Steuerungs- und Führungsstrukturen des Betriebs zu überprüfen und zu optimieren.
2. Es soll überprüft werden, ob eine ökologische Aufwertung von Flächen zu effizienterem Pflegeaufwand führt.
3. Die Sicherstellung der Verkehrssicherungspflicht muss sowohl organisatorisch, als auch inhaltlich höchste Priorität haben.
4. Es muss dargelegt werden, wie im Lichte der Personalplanung die Servicequalität im Friedhofsbereich aufrechterhalten werden kann.
5. Gemeinsam mit dem Personalrat sollte ein betriebliches Gesundheitskonzept erarbeitet werden, um die hohen Ausfallzeiten zu reduzieren.
6. Es ist eine ausgewogene Altersstruktur im Betrieb anzustreben. Dies sollte insbesondere durch die Übernahme von geeigneten Auszubildenden erfolgen.

7. Im Rahmen der längerfristigen Planung ist zu prüfen, ob die Eingliederung bzw. Verlagerung weiterer Aufgaben in den UBB sinnvoll ist. Eine mögliche Rekommunalisierung der Abfallentsorgung und Straßenreinigung im Jahr 2018 ist dabei zu berücksichtigen.

Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat, der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie bis zum Ende des Jahres Bericht zu erstatten.

9. Brandschutz in der Fläche gewährleisten - Zügig mit dem Bau einer neuen Wache im Bremer Nordosten beginnen
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 23. April 2013
(Drucksache 18/325 S)

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

10. Bebauungsplan 2437
für ein Gebiet in Bremen-Hemelingen
zwischen Saarburger Straße und Stößerstraße
Mitteilung des Senats vom 23. April 2013
(Drucksache 18/326 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 2437.

11. Mehr Wohnungen für Flüchtlinge statt Übergangwohnheime
Mitteilung des Senats vom 23. April 2013
(Drucksache 18/327 S)

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

12. Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 18
vom 8. Mai 2013
(Drucksache 18/329 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.